

CSA-Landesversammlung	21.06.18
Antrag-Nr. Urbanisierung entgegenwirken – Förderung von strukturschwachen Gegenden	<u>eschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: Oliver Antretter, u. a.	

Entwurf

Der CSA - Landesvorstand möge sich dem nachfolgenden Antrag, bei dem es sich um einen erweiterbaren Vorschlag handelt, annehmen und entsprechend tätig werden:

Urbanisierung entgegenwirken – strukturschwache Lebensräume fördern

I. Arbeitsmöglichkeiten im ländlichen Raum erhalten und schaffen

1. Menschen auf dem Land dürfen nicht schlechter gestellt sein als in Städten; „Landflucht“ muss verhindert werden.
2. Arbeit muss zu den Menschen kommen, auch in strukturschwache Gegenden. Daher müssen Anreize für Unternehmen geschaffen werden (z. B. geförderte Baulanderwerb, niedrige Gewerbesteuer, Ausbau der technischen Infrastruktur, wie schnelles Internet, Mobilfunksystem usw.), um sich niederlassen zu können.
3. Leerstehende Unternehmensgebäude und deren Betriebsgelände sollen durch neue Unternehmensniederlassungen wiederbelebt werden – dadurch wird auch der Flächenverbrauch eingeschränkt.
4. Bereitstellung von Stabilisierungshilfen für siedlungsschwache Orte.
5. Verkehrsinfrastruktur wie Bahn, Straßen, auch zu Flughäfen, verbessern und ausbauen.
6. Soziale Infrastruktur, wie Schulen, Gaststätten erhalten und Vereinsleben, sowie den Jugendsport fördern.
7. Neue Gewerbe-/Einnahmemöglichkeiten entdecken, z. B.: Tourismus ausbauen und den Ort als Urlaubsregion nach draußen tragen.

8. Behörden aus Ballungszentren in ländliche Bereiche verlegen, um dort Arbeitsplätze und Anreize für eine Zuwanderung zu schaffen.
9. Außenstellen von Universitäten und Hochschulen in strukturschwache Gegenden verlagern, um dort Anreize für eine Zuwanderung zu bilden.
10. Anreize für Hausärzte, Apotheken usw. entwickeln, z. B. durch Verfügungstellung von Räumen und Förderprogrammen.

II. Familienzuzug in den ländlichen Raum fördern,

1. durch die Umsetzung der oben genannten Punkte.
2. durch Erweiterung von Angeboten wie Kitas, Spielplätzen, Kindergärten, Schulen, Freizeitmöglichkeiten usw. (soziale Infrastruktur).
3. durch finanzielle Förderung eines Eigenheims oder von Gebäudesanierungen (KfW).
4. durch günstigen Wohnraum, niedrige Erschließungskosten, geringe qm-Preise bei Kauf oder Anmietung usw.
5. durch Ausbau von Verkehrsnetzen des ÖPNV oder Programme wie den Sammeltaxis, Fahrdienste, Anrufbussen.
6. durch Förderung von Einkaufs- und Kulturmöglichkeiten vor Ort. Dabei versuchen diese im Kerngebiet entstehen zu lassen.
7. durch Integration von Zuwanderern, vor allem in Gegenden mit abnehmender Bevölkerung.
8. Entwicklung von Arbeitsplätzen.

III. Verhinderung der Verödung von Kerngebieten in Dörfern, Klein- und Mittelstädten

1. Verwertung von leerstehenden Immobilien.
2. Generelle Immobilienaufgabe und leerstehende Immobilien durch Wegzug oder Erbfall vermeiden – Aufklärung über Möglichkeiten (Sanieren, Vermieten, Verpachten, Umbauen, Finanzierung) durchführen.
3. Verfallende alte landwirtschaftliche Betriebe usw. verhindern – Eigentümer verpflichten.

4. „Kerngebiet vor Grüne Wiese“ – Leerstehende Immobilien und erschlossene Flächen in Kerngebieten priorisiert (wieder-)beleben; dadurch wird auch der Flächenverbrauch reduziert.
5. Modellprojekte für Siedlungen mit sanierungsbedürftigen Altimmobiliensbestand mit Bezuschussung der Barrierefreiheit fördern. Dabei sollten beispielsweise folgende Punkte bedacht werden:
 - Ältere Hauseigentümer im Zuge einer Immobiliensanierung zur bedarfsgerechten Wohnungsverkleinerung und Schaffung von vermietbaren Wohnraum animieren.
 - Bei vorhandenen Altimmobiliens auf großen Grundstücken Eigentümer zur Immobilienerweiterung (neuer Anbau) anregen.
 - Bestehende Einliegerwohnungen renovieren und vermieten.
6. Angebote für ältere, meist alleinstehende Menschen schaffen, damit diese z. B. ihre kernnahen Immobilien an junge Familien oder Verwandte weiterverkaufen oder vermieten. Eine neutrale Beratung ist hier sehr wichtig. Es dürfen nur auf absolut freiwilliger Basis Entscheidungen getroffen werden.
7. Neue Wohnformen, wie Mehrgenerationenhäuser fördern, wenn dies von den Menschen erwünscht ist.
8. Förderung von „Tante Emma Läden innerorts und Vermeidung von Supermarktketten auf der „Grünen Wiese“
9. Konzepte wie der „Fahrender Supermarkt“, (kostenfreie) Lieferservice oder Shuttledienste zu vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten ausbauen und fördern.

10. **Altwerden im ländlichen Raum:**

Auf die Belange von **Senioren/-innen** insbesondere in kleinen Gemeinden Rücksicht nehmen. Hier können „Seniorenpolitische Gesamtkonzepte“ und der aktuelle „(7.) Altenbericht“ der Bundesregierung eine Hilfestellung sein. Beispiele:

- Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe stärken und Seniorenaktivclubs fördern
- siehe oben genannte Punkte (7, 8, 9)
- Wohnberatungsstellen einrichten, welche neutral über behinderten-/seniorengerechte Umbaumöglichkeiten der Immobilie informieren (aufsuchende Beratung)
- Die klassische und erweiterte Daseinsvorsorge fördern
- Beratungsstellen für Pflege einrichten (neutrale **Pflegestützpunkte**)
- stationäre Pflege auf dem Land ermöglichen „daheim alt werden“

- in bereits von Bevölkerungsabnahme betroffene Dörfern, wenn kein Lebensmittel-Nahversorger mehr vorhanden ist: Schaffung von „Dorfläden“ (Lebensmittel, Post-, Bankdienste, Café, örtliche Dienstleistungen)
11. Vermeidung von neuen Satelliten-Siedlungen, um eine später gleichzeitig einsetzende Überalterung der Eigentümer/Besitzer, aber auch der Immobilien zu verhindern. Flächenverbrauch und -versiegelung dadurch unterbinden. Kernnahes Wohnen fördern.

IV. Großstädte – der Übervölkerung entgegenwirken

1. Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden bezüglich Belebung des ländlichen Raumes ausbauen.
2. Sozialen Wohnungsbau unterstützen – Leben muss finanzierbar sein und darf nicht zu Armut und Kinderlosigkeit führen.
3. Mieterhöhungen kontrollieren.
4. Wohnraum, soweit möglich, verdichten.
5. Wenn nicht vermeidbar: Satelliten-Siedlungen mit nötiger sozialer und technischer Infrastruktur unter Berücksichtigung einer Vermischung der Immobilienbewohner (z. B.: Alter und Herkunft) schaffen.
6. Arbeitgebern jegliche Art Anreize bieten, um außerhalb der Ballungszentren in Quellgebieten von Arbeitnehmern Niederlassungen zu schaffen. Dadurch wird der Zuzug und das Pendleraufkommen gemindert und eine Bevölkerungsabnahme/-Überalterung im ländlichen Bereichen verhindert.

Begründung:

Viele Menschen im erwerbsfähigen Alter, aber auch Unternehmer und Firmengründer verlassen mit Firmen und Familien zunehmend den ländlichen Raum, um in Ballungsräumen zu leben, wo sie ihre Tätigkeit ausüben und das Wirken erfolgreicher sein kann. Dort ist es auch ggf. einfacher Arbeit zu finden. Menschen im Ruhestand ziehen von ihren Dörfern in Städte, da dort z. B. die medizinische Versorgung besser gewährleistet wird. Außerdem werden beispielsweise nicht selten kleinere landwirtschaftliche Betriebe aus Rentabilitätsgründen oder wegen fehlenden Nachwuchses aufgegeben. Die Folge kann daher sein, dass die ländliche Bevölkerung abnimmt und überaltert, da z. B. Geburten ausbleiben. Kindergärten und Schulen sind dabei meist die ersten Leidtragenden, gefolgt von Kirchengemeinden, Einzelhandel

und ausbleibenden staatlichen Investitionen in allen Arten von Infrastruktur. Leerstehende Immobilien sind eine weitere Folge.

Außerdem lässt sich in Dörfern, Klein- und Mittelstädten feststellen, dass einerseits das gesellschaftliche Innenstadtleben durch Leerstände von Immobilien und Geschäften „ausstirbt“ und andererseits außerhalb der Jahrhunderte alten Innenbereiche große Einkaufszentren und Satelliten-Siedlungen neu entstehen. Oft wird dort mit niedrigen Grundstückspreisen usw. geworben. Ob dies aus städteplanerischer Sicht sinnvoll ist, mag fraglich sein. Denn unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und Überalterung der Gesellschaft drohen „jungen“ Neubausiedlungen von heute, morgen ähnliche Problem wie derzeit einigen Innenstädten und älteren Wohn-Quartieren, die z. B. in den 50/60er Jahren entstanden. Widersprüchlicher Weise haben Ballungszentren mit dem Gegenteil zu kämpfen: Fehlende Wohnungen, explodierende Mietpreise und schlechte Expansionsmöglichkeiten.

In diesem Antrag wurden einige Punkte als Lösungsansatz, deren Bewältigung die Gesellschaft und Kommunen in den nächsten Jahrzehnten vor eine große Aufgabe stellt, erarbeitet. Sie sollen als Vorschlag dienen und sind nicht abschließend.

Oliver Antretter,

CSA-Bezirksvorsitzender
stellv. CSA-Landesvorsitzender